

«Ich sage: Die Steuerabzüge müssen weg»

Der Solothurner Steuerexperte Michael Leysinger propagiert seit Jahren als einsamer Rufer in der Wüste die Flat Tax. Seine Erfahrung im Steuerdschungel: Je komplizierter eine Steuer, desto ungerechter ist sie.

Herr Leysinger, Sie sind von der solothurnischen Steueroase Feldbrunnen in die Stadt umgezogen. Als Steuerberater empfehlen Sie das Gegenteil ...

Natürlich. Aber ich habe hier eine schöne Wohnung gefunden, und es gefällt mir in der Stadt. Der Steuersatz – allerdings nicht im interkommunalen Verhältnis – ist ohnehin zweitrangig. Entscheidend bei den Steuern ist die Bemessungsgrundlage.

Der Steuerfuss ist nur ein Drittel der Wahrheit. Klären Sie uns über die beiden andern Drittel auf.

Es ist ganz einfach. Wenn das ganze Einkommen besteuert wird, können Sie einen tiefen Steuersatz anwenden, um dem Staat seine Einnahmen zu verschaffen. Wenn Sie zahllose Abzüge vom Einkommen gewähren, wird diese Bemessungsgrundlage immer kleiner und der Staat muss hohe Steuersätze verlangen, um zu seinem Geld zu kommen. Und genau hier liegt das Problem: im unüberblickbaren Dschungel von Abzügen, den die Politik im Lauf der Jahre angehäuft hat.

Er ist das dritte und unerfreulichste Drittel der Wahrheit.

Immerhin verschafft dieses Drittel Ihrem Berufsstand die Arbeit. Das ist so. Aber es ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Es wird viel zu viel Energie für die völlig unproduktive Tätigkeit des Steueroptimierens aufgewendet. Und mit dieser Angst vor den Steuern lässt sich als Berater gut leben. Trotzdem sage ich: Wir sind eigentlich nur die verlängerte Werkbank der Steuerverwaltung.

Mit Steuerabzügen kann der Staat Anreize schaffen und Entwicklungen steuern.

Genau das ist falsch. Das Steuergesetz wird missbraucht für politische Zwecke. Es hat aber nur einen Zweck: Es soll dem Staat seine Einnahmen verschaffen und sonst nichts. Warum soll einer, der ausserhalb der Stadt im Grünen wohnt, seinen Berufsweg abziehen können? Es ist doch sein Entscheid, da zu wohnen. Unternehmen erhalten in verschiedenen Kantonen Steuerermässigungen, wenn sie sich neu ansiedeln – nur wissen das nicht alle, die sich neu ansiedeln. Und die Abzüge für das Energiesparen, etwa für die Einrichtung von beheizten Windfängen, gehören noch weniger in ein Steuergesetz, weil sie nicht im Geringsten mit einem Einkommen gekoppelt sind. Das Ungerechte an diesen Abzügen ist, dass sie nur von jenen getätigt werden, die über alle Regelungen Bescheid wissen oder sich einen Steuerberater leisten können.

Würden Sie die Aussage unterschreiben, wonach ein Steuerregime umso ungerechter wird, je komplizierter es ist?

Voll und ganz. Wer das bestehende System beherrschen will, braucht ein immenses Wissen. Die Abzüge sind zwar gut gemeint, aber jeder einzelne zieht einen Rattenschwanz von neuen, ebenso berechtigten Ausnahmen nach sich. Das ist uferlos geworden und nicht mehr vernünftig vollziehbar.

Wer kommt in unserem Steuersystem am schlechtesten weg?

Der untere Mittelstand, das ist nach meiner Auffassung eindeutig. Sehen Sie, die Leute ganz unten haben kein Problem mit den Steuern: Sie bezahlen keine. Die ganz oben haben auch keines, weil sie viele Möglichkeiten zur Optimierung haben. Unser Staat wird vom Mittelstand finanziert, und dessen Belastung hat ein Mass angenommen, das unmöglich noch weiter erhöht werden kann.

Nach Ihrem Vorschlag hätte die Steuererklärung künftig auf einem Bierdeckel Platz. Wie sähe

sie denn für ein Paar mit einem gemeinsamen Einkommen von 120 000 Franken aus?

Simpel. Die 120 000 Franken werden deklariert. Ist das Paar verheiratet, kann es pauschal 30 000 Franken abziehen, wenn es eine gemeinsame Steuererklärung ausfüllt. Hat es drei Kinder, zieht es für sie je 10 000 Franken ab. Sonst gibt es keine Abzüge. Bleiben 60 000 Franken, zu versteuern mit 15 Prozent. Macht 9000 Franken.

Gemeinde-, Bundes- oder Kantonssteuern?

Das obige Beispiel bezieht sich auf die Gesamtsteuer, die bei Angestellten als Quellensteuer vom Lohn abgezogen wird. Wie der Betrag dann zwischen Bund, Kanton und Gemeinde aufgeteilt wird, ist eine politische Frage, aber kein technisches Problem. In politische Fragen mische ich mich nicht ein. Ich sage nur: Das Abzugswesen muss weg. Von mir aus darf es auch weiterhin einen Steuerwettbewerb geben zwischen den Regionen. Dann variiert die Flat Tax einfach von Ort zu Ort. Aber im Unterschied zum bestehenden System ist nur noch der Steuerfuss variabel. Die Bemessungsgrundlage bleibt sich gleich gross, der Steuersatz damit tief. Denn je höher der Steuersatz ausfällt, desto grösser wird auch der Druck, Abzüge zu gewähren. So sind wir über die Jahre ja auch in die bestehende Misere geschlittert.

Werden Bund, Kanton und Gemeinden mit Ihrer Flat Tax ebenso viel einnehmen wie heute?

Das ist die Quizfrage. Es ist schlicht nicht nachrechenbar. Ich behaupte, dass die Schwarzarbeit mit einer Flat Tax massiv zurückgehen wird. Wir würden deutliche Effizienz- und Wohlstandsgewinne im ganzen Steuerwesen verzeichnen, und Geld, das heute vor dem Fiskus versteckt wird, käme zurück. Aber das zu beweisen ist schwierig. Der wesentlichste Effekt ist für mich der, dass die Anreize wieder richtig gesetzt würden: Leistung muss sich wieder lohnen. Als Grundsatz für die Flat Tax gilt: Es wird jedes Einkommen versteuert, nicht nur einige – aber dafür jedes nur einmal, aber auch nicht mehrmals und nicht keinmal. Wenn die Leute über Geld verfügen, dann können sie auch Steuern zahlen. Im Unternehmenssteuerrecht wird nur besteuert, wenn das Geld in Cash verdient wurde.

Es gibt erste Erfahrungen im Osten. Wie sind sie?

Das Erste, was der russische Präsident unternahm, war die Einführung einer Flat Tax. Und die Staatskasse verzeichnete bereits im ersten Jahr Überschüsse. Trotzdem ist die Situation mit der unsrigen nicht vergleichbar. Das russische Steuersystem war am Boden, die Staatskasse marod. Das ist dasselbe, wie wenn Sie bei einem alten Haus vor der Frage Renovieren oder Abreissen stehen. In Russland war es kein Problem, sich für einen Neubau zu entscheiden.

Wie gross ist die Chance, dass die Schweiz zur Flat Tax wechselt?

Null. Nein, nicht ganz null, sondern null Komma eins. Uns geht es nach wie vor zu gut. Es lässt sich nicht wegdiskutieren. Der Mensch ist zu Reformen erst im Stande, wenn er leidet.

Beim Mittelstand ist der Leidensdruck vorhanden. Er könnte eine Abstimmung gewinnen.

Nein, der Leidensdruck ist zu gering. Unsere Gesellschaft leistet sich noch immer viel unnötigen Luxus auf Kosten der Steuerzahler. Und wenn Bundesrat Merz behauptet, die Flat Tax belaste den Mittelstand noch mehr, dann ist die Idee so gut wie tot. Fakten sind im politischen Geschäft nicht so wichtig. Was zählt, ist: Wer sagt was.

Politische Stimmen zum Thema**SP: Offene Fragen**

«Attraktiv sind die Erfassung sämtlicher Einkommen, auch solcher, die heute steuerbefreit sind, wie die Kapitalgewinne; zweitens die Harmonisierungswirkung. Kantonale Steuerdifferenzen wären nur noch über die jeweilige Höhe der Flat Tax machbar. Unbeantwortet aber bleiben vor allem zwei Fragen: Welche Einkommensklassen würden mit einer Flat Tax stärker belastet als bisher, welche weniger stark? Und: Wie

hoch wäre der Einnahmeausfall bei Bund, Kantonen und Gemeinden?» Hans-Jürg Fehr

SVP: Tönt nur gut

«Die SVP ist gegen eine Flat Tax. Die Idee, alle Haushalte mit einem einheitlichen Steuersatz zu belasten, klingt bestechend, da das heute komplexe Steuersystem stark vereinfacht werden könnte. Wie aber die Eidgenössische Steuerverwaltung zeigt, liesse sich die Flat Tax nur zu Lasten des Mittelstandes einführen. Ausserdem würde der Wettbewerb zwischen den Kantonen ausgeschaltet. Dies nicht nur bei den natürlichen Personen, sondern auch bei den Unternehmen. Dazu bietet die SVP nicht Hand.» Ueli Maurer

FDP: Nicht besser

«Die Vereinfachung des Systems ist zu bejahen. Problematisch ist die Vereinheitlichung bei einer Flat Tax. Wenn alle Einkommen denselben Steuersatz bezahlen, ist die steuerliche Belastung für tiefere Einkommen wesentlich grösser als für höhere. Völlig abzulehnen ist ein landesweit vereinheitlichter Steuersatz. So würde der Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen ausgeschaltet. Aber gerade deswegen betreiben Gemeinden und Kantone eine vernünftige Steuerpolitik.» Rolf Schweiger

CVP: Nicht sinnvoll

«Eine Einheitssteuer würde gemäss den Berechnungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung die untersten und vor allem die obersten Einkommensklassen entlasten. So ist für die CVP eine Flat Tax sozialpolitisch nicht sinnvoll. Der Mittelstand wird nicht ent-, sondern belastet. Das Steuersystem muss aber der sinkenden Steuerbelastbarkeit von Paaren mit Kindern im Vergleich zu kinderlosen Paaren sowie den bestehenden Steuerlasten auf deren Einkommen stärker Rechnung tragen.» Doris Leuthard